

Inhalt

Geleitwort	9
------------	---

Einleitung

Grundlegung, Genese und Aufstieg der Realistischen Demokratiethorie	13
--	----

I. Teil: Grundlegung – Von der Englischen Revolution zum Politischen Liberalismus im Europa des 19. Jahrhunderts

Prolog – Schlaglichter	47
1 England im ausgehenden 17. Jahrhundert	49
1.1 Eine politische Schlüsselschrift – John Lockes »Two Treatises of Government« von 1679 / 1689	51
1.2 Die »Glorreiche Revolution« 1688 / 1689 – Nachwirkungen und Errungenschaften	59
2 Die Geburt der Vereinigten Staaten von Amerika	67
2.1 Die Amerikanischen Revolutionen der 1770er-Jahre	73
2.2 Das amerikanische Experiment – Nachwirkungen und Errungenschaften	78
3 Frankreich und Kontinentaleuropa im ausgehenden 18. Jahrhundert	91
3.1 Aufklärung und Absolutismus	92
3.2 Die Französischen Revolutionen 1789–1799	96
3.3 Das französische Vorbild – Nachwirkungen und Errungenschaften im gesamteuropäischen Kontext	100

II. Teil: Genese – Kind der Moderne und Weimarer Gründerväter

1. Kapitel: Radikaler Bruch mit der neuzeitlich-aufklärerischen Demokratietradition und die Begründung der modernen Realistischen Demokratietheorie – Max Weber (1864–1920)

I	Einführung	119
II	Max Weber als Prophet eines neuen Zeitalters – Der unaufhaltsame Aufstieg der Moderne	130
III	Max Webers Realistische Demokratietheorie	149

2. Kapitel: Die Realistische Demokratietheorie als letzte Bastion von Freiheit, Pluralismus und autonomer Wissenschaft – Hans Kelsen (1881–1973)

I	Einführung	191
II	Hans Kelsen als Verteidiger einer szientistischen Interpretation der Moderne	199
III	Hans Kelsens Realistische Demokratietheorie	227

3. Kapitel: Die These vom Niedergang der kapitalistisch-bürgerlichen Welt, vom Sieg des Sozialismus und von der Alternativlosigkeit einer Realistischen Demokratietheorie – Joseph A. Schumpeter (1883–1950)

I	Einführung	255
II	Schumpeters ökonomische Theorie in »Capitalism, Socialism and Democracy« von 1942 – Die These vom Niedergang des Kapitalismus und vom Sieg des Sozialismus	260
III	Schumpeters Realistische Demokratietheorie – Die These von der Unhaltbarkeit der Klassischen Demokratietheorie und deren Revision durch die Andere Theorie der Demokratie	275

III. Teil: Aufstieg – Von Taconic in die ganze Welt

4. Kapitel: Popularisierung der Realistischen Demokratietheorie im Windschatten der Behavioralistischen Revolution in den USA – Zwischen Systemtheorie, Prozeduralismus und Rational Choice

I	Politisches Umfeld und Anfänge der Behavioralistischen Revolution in den USA	313
1	Ausgangspunkte der Behavioralistischen Revolution – Amerikanischer Pragmatismus und Naturwissenschaften	318
2	Wegmarken der Behavioralistischen Revolution – Wahlstudien (Lazarsfeld) und Systemtheorie (Parsons)	322
2.1	Lazarsfelds erste große Wahlstudie von 1944	322
2.2	Parsons' Handlungstheorie von 1937	331
2.3	Parsons' Systemtheorie von 1951	333
II	Der Durchbruch der Realistischen Demokratietheorie – Auf den Spuren Joseph A. Schumpeters	337
1	Erste Evolutionslinie: Systemorientierte Ansätze	339
1.1	Der systemfunktionalistische Ansatz: Bernard R. Berelson (1954)	339
1.2	Weiterentwicklung – Comparative Politics und Political Culture: Gabriel A. Almond (1960–1966)	351
2	Zweite Evolutionslinie: Minimale-Prozedurale Ansätze	360
2.1	Comparative Politics und Wirtschaftliche Entwicklung: Seymour M. Lipset (1960)	360
2.2	Das Konzept der Polyarchy und die Vermessung der politischen Welt: Robert A. Dahl (1971)	366
2.3	Die Begründung der modernen Transitionsforschung: Guillermo O'Donnell und Philippe C. Schmitter (1986)	384
3	Dritte Evolutionslinie: Rational-Choice-Ansätze	392
3.1	Die ökonomische Theorie der Demokratie: Anthony Downs (1957)	392

Epilog – Die Realistische Demokratietheorie im Zeichen der Dritten Welle der Demokratisierung

1	Elektorale Demokratien	422
2	Polyarchale Demokratien	426
3	Grauzonenregime	431
4	Demokratiemessung	435
5	Konsolidierungsforschung	439
6	Intergouvernementale, kommerzielle und stiftungsbasierte Demokratieindizes	443
7	Governance-Forschung	451

Anhang

Abkürzungen	461
Personenregister	467
Abbildungsverzeichnis	474
Textkästenverzeichnis	478
Länderkartenverzeichnis	479
Bildnachweis	480
Quellenverzeichnis	482
Danksagung	535

Einleitung



Grundlegung, Genese und Aufstieg der Realistischen Demokratietheorie

»Alle Staaten, alle Gewalten, welche Macht über die Menschen gehabt haben oder noch haben, sind Republiken oder Fürstentümer.«

Niccolò Machiavelli, *Il Principe*, 1513

»Wer in diesem Kampf den Sieg davontragen wird, zunächst einmal oder auf Dauer – wir wissen es nicht.«

Hans Kelsen, *Verteidigung der Demokratie*, 1932

Es ist der frühe Abend des 10. August 2020. Minsk gleicht einer Festung. Die großen Zufahrtsstraßen sind gesperrt, ebenso die zentralen Metrostationen. Hubschrauber kreisen über der Stadt. Und lange Kolonnen von Armeelastwagen mit schwerem Gerät und Truppentransporter rollen über die breiten Magistralen der belarusischen Hauptstadt. Auf den zentralen Plätzen, aber auch zwischen Wohnblöcken und in Häusereingängen drängen sich die Hundertschaften der schwarz gekleideten und schwarz behelmten berüchtigten Polizeisondereinheiten (OMON). Ausgerüstet mit schwarzen Springerstiefeln, schussicheren Westen, grauen Metallschildern und Schlagstöcken. Unterstützt und verstärkt durch reguläre Polizeieinheiten, Truppen des Innenministeriums sowie Spezialkräfte des Inlandsgeheimdienstes (KGB) und des Militärs, die an allen neuralgisch wichtigen Punkten der Stadt postiert sind. Auf den Bürgersteigen parken lange Reihen von Gefangenentransportern sowie zu Arrestzellen umfunktionierte Verkehrsbusse. Das Internet ist tot.

Als sich dann dennoch die ersten Menschen aus den Außenbezirken in die Innenstadt aufmachen, um wie am Vorabend an den symbolträchtigen und belebten Straßen, Plätzen und Parks im Zentrum friedlich gegen die offensichtlich und massiv gefälschten Präsidentschaftswahlen vom 9. August zu protestieren, fahren plötzlich graue und schwarze Minivans vor, aus denen mit schwarzen Sturmhauben maskierte Männer ohne Uniform und Abzeichen springen und sich wahllos und willkürlich Demonstrantinnen und Demonstranten greifen, sie mitschleppen und bru-

tal zusammenschlagen. Auch zufällig vorübergehende Passanten, Rentner oder minderjährige Jugendliche werden Opfer dieser überfallartigen Übergriffe – ebenso Journalisten, Fotografen und Kameraleute. Doch die Straßen werden nicht leerer – im Gegenteil. Am Einkaufszentrum »Riga«, am Prospekt »Pobeditelej« und an den Eingängen zu den Metrostationen »Puschkinskaja« und »Gruschewka« kommt es zu den ersten großen Massenaufläufen, von den Balkonen aus klatschen die Menschen den Protestierenden zu, private Autos blockieren die Wege der Einsatzfahrzeuge und die Sprechchöre aus der Menge werden immer lauter und eindringlicher – »Schande, Schande« oder »Hau ab, hau ab«. In der Folge beginnen regelrechte Treibjagden auf sämtliche Menschenansammlungen im Stadtzentrum mit anschließenden Massenfestnahmen und Massenverhaftungen. Überall in der Innenstadt sind nun Schüsse, Gewehrsalven und Explosionen zu hören. Dazwischen immer wieder das Aufblitzen von Blindgranaten, die wahllos in die Menschenmenge gefeuert werden. Die Luft ist vernebelt von Rauch und Tränengas. Um sich gegen das Dauerfeuer der Gummigeschosse und die heranstürmenden Hundertschaften zu erwehren, beginnen die Menschen, Barrikaden aus Müllcontainern, Parkbänken, Holzplanken und Blumenkästen zu errichten, vereinzelt fliegen Steine, Flaschen und Feuerwerkskörper auf die Einsatzkräfte. Gegen 23 Uhr stellt sich dann der 34-jährige Familienvater Alexander Tarakowski an einer Straßenkreuzung nahe der Metrostation »Puschkinskaja« allein und mit leeren, erhobenen Händen mehreren Dutzend Soldaten der belarussischen Antiterrorereinheit »Almaz« entgegen, um Sekunden später nach einem gezielten Schuss in die Brust leblos in sich zusammenzusacken. Er wird nicht das einzige Todesopfer bleiben. Und Minsk nicht der einzige Schauplatz von Demonstrationen und exzessiver Polizeigewalt. Auch in den alten Künstler- und Kulturstädten Witebsk und Grodno, den sowjetisch geprägten Industriestädten Gomel und Mogiljow sowie dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt an der polnisch-belarussischen Grenze Brest gehen Tausende und Zehntausende auf die Straßen. Und selbst in kleineren Städten wie Nowopolozk, Molodetschno und Schodino oder den Dörfern und Siedlungen in der Minsker Hochebene, an den großen Nebenarmen des Dnepr und den weitläufigen Seenplatten um den Narotsch und den Asweja versammeln sich Menschen mit den altbelarussischen weiß-rot-weißen Fahnen, Transparenten und selbst gemalten Plakaten.

Bis in die Folgenacht werden landesweit schließlich mehrere Hundert – teils schwer verletzte – Menschen in die regionalen und städtischen Krankenhäuser eingeliefert. Mit schweren Quetschungen, Prellungen und großflächigen Hämatomen. Mit schweren Kopfverletzungen, Schädel-

Hirn-Traumata und offenen Platzwunden. Mit schweren Wirbelverletzungen, inneren Blutungen sowie Arm- und Beinbrüchen. Zeitgleich müssen über 7000 Menschen in den heillos überfüllten Arrestzellen von Polizeistationen, regionalen Haftanstalten und dem gefürchteten Gefängnis-komplex an der Minsker Okrestina ausharren. Immer wieder geschlagen, getreten, erniedrigt und misshandelt durch Polizei und Sicherheitspersonal. Stundenlang geduckt auf den Knien vor weiß-grünen Betonwänden, auf dem Boden übereinanderliegend oder zu mehreren Dutzend bei stickiger Luft in Zwei- und Vier-Mann-Zellen eingepfercht. Zumeist ohne Wasser, ohne Essen und ohne medizinische Versorgung. Und ohne Nachricht, ohne Kontakt zu den Angehörigen.

Als am Morgen des 12. August Ruhe einkehrt und der Protest endgültig gebrochen scheint, versammeln sich erst hinter dem Komarowskij-Markt in Minsk, dann an verschiedenen Orten der Stadt und schließlich in allen Regionen des Landes Frauen in weißen Hemden, weißen Kleidern oder weißen Mänteln mit weißen Rosen, weißen Nelken oder weißen Gerbera und bilden, sich an den Händen haltend, Menschenketten der Solidarität für die Opfer der drei Gewaltnächte. Vorbeifahrende Autos verlangsamen künstlich die Geschwindigkeit und hupen zum Zeichen der Unterstützung. Die Sicherheitskräfte greifen nicht ein. Auch die Ärztinnen und Ärzte des Universitätsklinikums Minsk und anderer Krankenhäuser stellen sich vor ihren Einrichtungen auf die Bürgersteige. Später werden sie große Fotografien mit den schweren Verletzungen und Verstümmelungen ihrer in den vergangenen Tagen eingelieferten Patientinnen und Patienten in den Händen halten. Als die Internetsperren schrittweise wieder aufgehoben werden und sich die unzähligen Handyvideos der Misshandlungen und ungehemmten Gewalt gegen unbewaffnete und friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten in ganz Belarus verbreiten, kommt es in den Folgetagen zu einer landesweiten Kettenreaktion: Ehemalige und aktive Mitglieder von Spezialeinheiten und Polizei suspendieren unter Protest öffentlich ihren Dienst, verbrennen demonstrativ ihre Uniformen oder werfen diese einfach in den Müll. Künstler, Stipendiaten und Schüler geben ihre staatlichen Auszeichnungen zurück. Arbeiterinnen und Arbeiter zahlreicher großer Staatsunternehmen, darunter wirtschaftliche Schwergewichte wie die legendären Minsker Traktorenwerke (MTS) oder der Soligorsker Düngemittelproduzent Belaruskali, treten in den Ausstand und schließen sich den Protestierenden an. Auch Mitarbeiter der staatlichen Eisenbahnen und der staatlichen Theater gehen in den Streik. Bekannte Radio- und Fernsehmoderatoren kündigen. Das technische Personal des Staatsfernsehens legt unter großem Applaus der vor

dem Rundfunkgebäude versammelten Menschenmenge die Arbeit nieder. Staatsnahe Zeitungen berichten in ihren Onlineausgaben offen über die Demonstrationen und die staatliche Repression. Petitionen, Aufrufe und Forderungskataloge werden verfasst und veröffentlicht. Gleichzeitig strömen aufgebrachte Bürger auf die großen Plätze vor den Rathäusern und fordern von ihren lokalen Bürgermeistern, Staatsanwälten und Polizeivorstehern eine öffentliche Erklärung für die massiven Misshandlungen und die Wahlfälschungen. Und vor allem ein Ende der Gewalt. Im ganzen Land schließen sich nach dem Vorbild der Minsker Frauen Menschen jeden Alters zu kilometerlangen Menschenketten zusammen. Und vor der Staatlichen Philharmonie in Minsk stimmen Chorsängerinnen mit großen Buchstaben in den Händen (»Man hat uns unsere Stimme gestohlen«) das nahezu jeder Belarusin und jedem Belarusen bekannte »Magutny Bozha« (»Oh mächtiger Gott«) aus dem Jahre 1947 an. Es wird ebenso zur Hymne der Protestbewegung werden, wie das bereits im katalanischen Widerstand gegen das Franco-Regime und in der polnischen Solidarność-Bewegung der 1980er-Jahre gesungene und ins Belarussische übersetzte »Mury« (»Mauern«) und das bereits in der Endzeit der UdSSR weitverbreitete Perestroika-Lied »Peremen« (»Wandel«) der sowjetischen Rocklegende Wiktor Zoi. Am Samstag, dem 15. August, wird in Minsk unter großer öffentlicher Anteilnahme Alexander Taraikowski beigesetzt. Einen Tag später kommt es in ganz Belarus zu den größten Massenkundgebungen seiner Geschichte. Beobachter sprechen von über 500 000 Menschen.

Und Belarus steht nicht allein. So scheint es unstrittig, das hochriskante und nicht selten lebensgefährliche Aufbegehren der Tausenden, Zehntausenden oder Hunderttausenden dicht beieinander gedrängten Menschen in den engen Seitenstraßen oder großen Magistralen, an den Metrostationen, Einkaufszentren, Weltkriegsdenkmälern, Parkanlagen oder Plätzen Minks, Grodnos oder Brests (ebenso wie das Schicksal eines Alexander Taraikowskis und der vielen anderen, oft namenlosen Opfer) nicht nur in einem rein belarussischen Kontext zu betrachten – jener weitverbreiteten Überdrüssigkeit über die jahrzehntelange, hochrepressive Dauerherrschaft Alexander Lukaschenkos (1954*), die zunehmende wirtschaftliche Stagnation und den fatalen Umgang des Regimes mit der Covid-19-Pandemie – und jener plötzlichen und unvermittelten Hoffnung und Aufbruchsstimmung, die sich bereits Wochen vor der eigentlichen Abstimmung im August in der unverbrauchten und jugendlichen Kraft der weiblichen Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja (1982*) und ihren beiden Mitstreiterinnen Maria Kolesnikowa (1982*) und Veronika Zepkalo manifestiert (»Wir glauben, Wir können, Wir siegen«), sondern in einem genuin *gesamt-*

europäischen Kontext: In einer Reihe mit jenem gigantischen tektonischen Beben und den damit einhergehenden multiplen Umbrüchen, Umwälzungen und Verschiebungen, die den Kontinent in den Schicksalsjahren 1989–1991 mit dem Wiedererstarken der mittelosteuropäischen Oppositionsbewegungen, der Gorbatschowschen Glasnost-Perestroika-Politik, dem Niederreißen des Eisernen Vorhangs und der Wiedererlangung nationaler Souveränität und Selbstbestimmung von mehr als zwei Dutzend Nationalstaaten erfassen – und deren territoriale Verortung weit über Europa hinaus von den deutsch-polnisch-baltischen Ostseeküsten bis an die fernostasiatischen Pazifikküsten sowie vom nordrussischen Nordpolarmeer bis an die südkrainische Schwarzmeerküste und das zentralasiatische Tian-Shan-Gebirge reicht. Eine Entwicklung, die nicht nur Euphorie, Freuden- und Freiheitstaumel auslöst und gerade den baltischen wie zentraleuropäischen Ländern den direkten Weg in die Europäische Union ebnet wird, sondern auch mit dem brutalen Aufplatzen längst verwachsen geglaubter Wunden und jahrzehntelang unterdrückter Eiterbeulen einhergeht, die sich schließlich in blutigen ethnischen Konflikten, Kämpfen und Bürgerkriegen entladen – so wie im zerfallenden Jugoslawien, im zentralasiatischen Ferganatal, in Moldau, in Tschetschenien oder den drei Südkaukasusrepubliken. Eine Entwicklung, die allem voran im postsowjetischen Raum der beginnenden 1990er-Jahre einen totalen Zusammenbruch der über Jahrzehnte für hochstabil gehaltenen staatlichen Ordnungen und Gesellschaftssysteme herbeiführt und die Etablierung hochkorrupter, protokrimineller-oligarchischer und autoritärer Herrschaftsstrukturen begünstigt. Und die wiederum dann in den 2000er- und 2010er-Jahren eine breite Bewegung von Volksaufständen und Massenprotesten gegen diese neuen repressiven Herrschaftssysteme auslöst, die in Georgien (Rosenrevolution 2003), der Ukraine (Orangene Revolution 2004/2005), Kirgisien (Tulpenrevolution 2005) und Armenien (Samtene Revolution 2018) Regimewechsel einleiten, in Russland, Kasachstan, Aserbaidschan und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken brutal niedergeschlagen werden.

Und so lässt sich auch eine direkte Linie aus Belarus in das rund 500 Kilometer südlich von Minsk gelegene Kiew ziehen, wo nur sechs Jahre zuvor – im Winter 2013/2014 – ebenfalls Millionen Menschen bei hohen Minusgraden und ebenfalls unter hohem persönlichen Risiko auf die Straße gegangen waren, um gegen die Politik des seit seinem Amtsantritt 2010 autoritär regierenden, prorussischen Präsidenten Viktor Janukowitsch zu demonstrieren. Und wo in kurzer zeitlicher Abfolge nicht nur regimetreue Berkut-Spezialeinheiten auf dem Majdan und den umliegenden Straßen über einhundert Menschen mit gezielten Schüssen in Kopf, Nacken



und Brust ermorden (18.–21. Februar 2014) und Zehntausende russische Soldaten ohne Hoheitsabzeichen mit schwerem Militärgerät die ukrainische Halbinsel Krim besetzen (ab dem 28. Februar 2014), sondern auch prorussische Separatisten in den ostukrainischen Gebieten Lugansk und Donezk mit massiver Unterstützung russischer Geheimdienste, russischer Militärs und russischer Freiwilligenverbände einen verheerenden Bürgerkrieg initiieren (ab dem 9. März 2014), der in den Folgejahren über 13 000 Menschen das Leben kosten und viele Hunderttausend Einwohnerinnen und Einwohner zur Flucht zwingen wird. Ein Bürgerkrieg, den das russische Regime knapp acht Jahre später zum Vorwand nehmen wird, mit seinen seit Anfang November 2021 in Belarus und an den russisch-ukrainischen Nord-, Ost- und Südgrenzen zu angeblichen Militärmanövern zusammengezogenen rund 200 000 Soldaten in das Nachbarland einzufallen (24. Februar 2022) und mit schwerer Artillerie, Kampfpanzern und Kampfbombern nicht nur militärische Ziele in der ganzen Ukraine anzugreifen, sondern mit konventionellen wie international geächteten Kriegswaffen auch Atomanlagen, Ölraffinerien und wahllos wie gezielt Wohngebiete – Häuserblocks, Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Theater, Universitäten, flüchtende Autokolonnen und Zivilisten – zu beschießen. Und damit ganze Ortschaften und Städte wie Butscha, Charkiw, Isjum, Mariupol und Tschernihiw apokalyptisch zu verwüsten und Millionen Menschen auf die Flucht und Tausende in den Tod zu schicken.

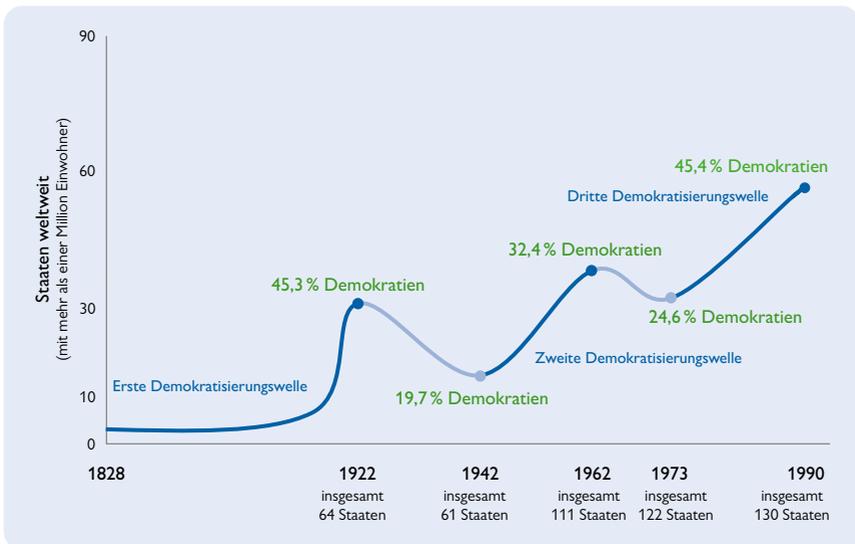
Doch genauso wenig wie man die schweren Erschütterungen in der Ukraine, in Belarus und in anderen Teilen des postsowjetischen Raumes aus ihrem spezifischen zeitlichen und regionalen Kontext herauslösen kann, steht doch der folgenschwere Zusammenprall zumeist friedlicher Massendemonstrationen und Massenproteste mit der zumeist gewaltsamen Reaktion hochrepressiver Staats- und Sicherheitsapparate – der wie im Fall Kiew ohne Weiteres auch zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen oder gar fremdstaatlichen Interventionen eskalieren kann – in einem viel grundsätzlicheren und umfassenderen Zusammenhang: In einer Reihe mit den arabischen Oppositionellen in Aleppo, Kairo oder Sanaa; in einer Reihe mit den regimekritischen Politikaktivistinnen und -aktivisten an den Hongkonger Universitäten, im Istanbuler Gezi-Park oder der algerischen Hirakbewegung; in einer Reihe mit den unbewaffneten Demonstrantinnen und Demonstranten im venezolanischen Caracas, im myanmarischen Mandalay und im sudanesischen Khartum. Und somit letztendlich auch in einer Reihe mit den Schicksalen der ehemaligen Philosophiestudentin Neda Agha-Soltan (1982–2009) aus Teheran, dem mittellosen Obsthändler Mohamed Bouazizi (1984–2011) aus der tunesischen Klein-

stadt Sidi Bouzid, der Rechtsanwaltsgehilfin Heather Heyer (1985–2017) aus der amerikanischen Universitätsstadt Charlottesville im US-Bundesstaat Virginia, der einstigen Schülerin und Bloggerin Malala Yousafzai (1997*) aus dem pakistanischen Swat-Tal und eben dem armenischstämmigen Majdanaktivisten Serhiy Nigoyan (1993–2014) aus der ostukrainischen Dnipro-Region. Und damit schließlich auch in einer Reihe mit den großen regionalen und globalen sozialen Bewegungen des 20. und 21. Jahrhunderts: Als unwiderrufliche Blaupause jenes permanenten Ringens, jenes nahezu unauflösbaren Spannungszustandes und jener fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens umschließenden Frontstellung, der sich spätestens mit dem Ende der großen Weltkriege keine Nation, keine Gesellschaft, keine noch so kleine politische Einheit und kein noch so entlegener Landstrich der Welt mehr wirklich entziehen kann. Auch nicht der sogenannte politische „Westen“, wo die immer deutlicher zutage tretenden Risse, Bruchstellen und Erschütterungen weniger der Konfrontation mit repressiven Staats- und Sicherheitsapparaten entspringen als vielmehr einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Polarisierung – verbunden mit der Aufkündigung eines jahrzehntelang für unantastbar geglaubten gesellschaftlichen Grundkonsenses durch einen nicht unerheblichen Teil seiner Bevölkerungen –, die sich allem voran in der Herausbildung und Verfestigung rechtspopulistischer, verschwörungstheoretischer und anderer radikal-extremer Massenphänomene materialisiert und in Entwicklungen und Ereignissen wie den französischen Gelbwestenprotesten 2018/2019 oder der Erstürmung des Kapitols in Washington, D. C. am 6. Januar 2021 immer wieder neue Kulminationspunkte produziert.

Auch wenn dieser Kampf in seiner Grundkonstellation zweifelsfrei so alt wie die Menschheit selbst sein mag und entsprechend vielschichtige Auslegungen und Interpretationen erfahren hat – als Kampf der historischen Klassen (Karl Marx), als Kampf zwischen Tradition und Moderne (Max Weber) oder gar als Kampf der Kulturen (Samuel P. Huntington) –, würde sich heute niemand mehr jener dualisierenden Deutung entgegenstellen, die ihm Niccolò Machiavelli (1469–1527) und Hans Kelsen (1881–1973) mit ihrer Zuspitzung auf seine explizit *politische* Dimension gegeben haben: Als existenzielle Fehde und erbitterter Widerstreit zwischen explizit *zwei* konkurrierenden Gesellschafts- und Herrschaftsordnungen, deren Geburtsstunde und Wurzel man zumindest im abendländischen Narrativ seit dem 18. / 19. Jahrhundert in der erfolgreichen Rebellion athenischer Kleinbauern und Seeleute gegen die mächtigen Adelsfamilien ihres antiken Stadtstaates sowie in der überaus fruchtbaren Konfrontation der unterprivilegierten Plebejerschichten und der herrschenden Patrizier-

kaste im aufstrebenden Römischen Reich verortet. Der durch seine provokanten Thesen vom »Clash of Civilizations« (1996) umstrittene amerikanische Modernisierungstheoretiker und Transitionsforscher Samuel P. Huntington (1927–2008) hat bereits Mitte der 1980er-Jahre diesen *politischen Kampf* – der in der modernen Politikwissenschaft auch als Kampf um Zugang, Struktur, Weise und Grenzen von Herrschaft theorisiert wird – als einen in sich geschlossenen Zyklus, als eine gleich fünffache Wellenbewegung von sich einander abwechselnden globalen Phasen der *Demokratisierung* und der *Entdemokratisierung* beschrieben – und dabei den Beginn dieses Zyklus in das Jahr 1828 verlegt, als in den noch jungen Vereinigten Staaten infolge weitreichender Wahlrechtsreformen (»Jacksonian Democracy«) erstmals seit der hellenistischen Antike wieder mehr als die »Hälfte« der erwachsenen (weißen und männlichen) Bevölkerung unmittelbar in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden wird. Auch wenn diese heute überaus populäre und vielfach übernommene Deutung des 2008 verstorbenen intellektuellen Kopfes der amerikanischen Neokonservativen hinsichtlich ihrer historischen Ein- und Zuordnungen durchaus disputabel erscheint, bestätigt sie doch jenen universellen Grundkonflikt, den bereits

Abb. 2: Huntingtons Fünf-Wellen-Modell: Zwischen Demokratisierung und Entdemokratisierung



Quelle: Verfasser auf Grundlage von Huntington (1991, S. 26)

der ins Exil getriebene, hohe italienische Diplomat Niccolò Machiavelli an der Wegscheide zwischen Mittelalter und Neuzeit als Widerstreit zwischen *Fürstentümern* und *Republiken* identifiziert und den der österreichische Verfassungsrechtler Hans Kelsen mit dem einsetzenden 20. Jahrhundert schließlich in seine heutige Form gegossen hat – als einen permanenten Kampf zwischen *Demokratie* und *Autokratie*.

Worüber allerdings in Minsk, Kiew (Kyjiw), Tiflis und Erewan, in Teheran, Tunis, Sanaa und Aleppo, in Hongkong, Istanbul, Caracas und Khartum sowie unzähligen anderen Orten der Welt *konkret* gerungen, gekämpft und viel zu oft auch vertrieben, interniert, denunziert, terrorisiert, gefoltert und getötet wird, scheint dabei umstrittener denn je. Während sich spätestens mit den Schriften des lange in den Vereinigten Staaten lehrenden, deutsch-spanischen Politikwissenschaftlers Juan J. Linz (1926–2013) schon der *Autokratie-* und *Autoritarismusbegriff* einer monodimensionalen Zuordnung entzieht, verweisen die akademischen und intellektuellen Ikonen der zeitgenössischen Politischen Ideengeschichte erst recht auf die schier unendliche Fülle an Strömungen, Schulen und Diskursen zum politischen Phänomen der *Demokratie*. Eine Unschärfe, Unbestimmtheit und Diffusität, die bis heute in die täglichen Debatten im medialen, publizistischen und öffentlichen Raum ausstrahlt – und oft selbst vor den unmittelbar politisch handelnden Akteuren nicht haltmacht. Dabei existiert spätestens seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Auflösung des Warschauer Pakts Anfang der 1990er-Jahre ein weit über die westlichen Mehrheitsgesellschaften hinausreichender *Konsens* über den Wesenskern dieser so viel diskutierten und viel umkämpften Herrschaftsform: Denn niemand würde heute im Kontext der vielfach zitierten Idee der *Volkssouveränität* noch ernsthaft behaupten wollen, dass sich diese in Form einer permanenten *Metaphysischen Vernunft* oder eines unanfechtbaren *Einheitswillens* manifestieren würde – oder, dass die in vielen modernen Verfassungen der Welt festgeschriebenen *Grundrechte auf Leben, Freiheit und Besitz* exklusiv von einem christlich-deistischen Gottvater geliehene und nur darum zu schützende Rechtsgüter seien. Gleichzeitig würde niemand ernsthaft in Zweifel ziehen wollen, dass die Kontrolle politischer Macht und die regelmäßige Möglichkeit friedlicher Regierungswechsel infolge gleicher, fairer und freier Wahlen unter Einschluss der gesamten erwachsenen Bevölkerung und im Verbund mit grundsätzlichen politischen Rechten wie der Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie dem uneingeschränkten Regierungsmonopol der gewählten politischen Entscheidungsträger und Repräsentativorgane zum Kernbestand einer jeden zeitgenössischen liberalen Demokratie gehören.

Dieser hier nur angerissene und noch zu elaborierende Konsens soll nun zum Anlass genommen werden, um den Leserinnen und Lesern auf den folgenden rund 450 Buchseiten die Deutung einer *anderen*, einer *neuen* Geschichte der Demokratie anzubieten – einer Geschichte jenes Demokratiebegriffes, wie er sich heute (wie selbstverständlich und zumeist unhinterfragt) in den Verträgen, Satzungen und Konventionen supranationaler Organisationen – wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union oder der Weltbank –, in den Sitzungsprotokollen, Deklarationen und Redemanuskripten lokaler, regionaler und nationaler Regierungsvertreter und Parlamentsabgeordneter – auf allen fünf Kontinenten – oder in den Aufrufen, Analysen und Rankings von Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftlichen Politikaktivisten, akademischen Thinktanks und philanthropischen Stiftungen wiederfindet – national wie international. Und sich damit nicht nur als Nukleus weltpolitischer, ökonomischer, sozialer und moralischer Beziehungsgeflechte erweist, sondern auch das Selbstverständnis ganzer Völker und Gesellschaften determiniert.

Erzählt werden kann und soll dabei keine Universalgeschichte der Demokratie, sondern vielmehr eine Geschichte der *Grundlegung, Genese* und des *Aufstieges* ihrer im ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhundert wirkmächtigsten Ausprägung: Eine Geschichte der *Realistischen Demokratie* – präziser: Eine Geschichte der *Theorie* der Realistischen Demokratie, die – gänzlich asymmetrisch zu ihrer ausladenden Präsenz in den lokalen wie globalen Handlungsräumen – von den zeitgenössischen akademischen Diskursen bislang recht stiefmütterlich behandelt worden ist und letztlich nie über den Status eines mal mehr, mal weniger beachteten typologischen Randphänomens hinweggekommen ist. Eine *Geschichte der Theorie der Realistischen Demokratie*, die die intellektuellen Wurzeln ihrer bisher nur unzureichend erzählten *Genese* nicht – wie gemeinhin angenommen – in jenem berühmten 22. Kapitel aus Joseph A. Schumpeters (1883–1950) »Capitalism, Socialism and Democracy« von 1942, sondern bereits in den politischen Schriften seines akademischen Ziehvaters Max Weber (1864–1920) verortet: Entstanden als publizistisches »Neben- und Abfallprodukt« inmitten jenes dick- und zähflüssigen hypernationalistischen Nebels, der sich im Verbund mit einer apokalyptischen Aufbruchs- und Untergangsstimmung über das Europa der letzten Kriegsjahre (1916–1918) gelegt hatte. Maßgeblich erweitert und ergänzt durch das demokratietheoretische und rechtspositivistische Werk eines weiteren Vorläufers und Weggefährten Schumpeters – Hans Kelsen –, dessen Interpretation und Verteidigung dieser in den 1930er-Jahren für tot erklärten Herrschaftsform das vielleicht unterschätzteste geistige Zeugnis des antifaschistischen und antibolsche-

wistischen Widerstandes seiner Zeit darstellt. Auch der im abschließenden Epilog beschriebene *Aufstieg* dieses einflussreichen Demokratiekonzeptes ist – anders als in der herkömmlichen Forschungsliteratur aufgeführt – mitnichten das alleinige Ergebnis und Erbe einer jahrzehntelangen Rezeptionsgeschichte des berühmten Polyarchy-Modells (1971) Robert A. Dahls (1915–2014) – dem nach Schumpeter wohl bekanntesten und meistzitierten Realistischen Demokratietheoretiker –, sondern verläuft bereits seit den frühen 1950er-Jahren in ganz unterschiedlichen Bahnen, von denen hier die drei wichtigsten Grundströmungen zu Wort kommen sollen.

Grundlegung – Schlaglichter (Prolog/I. Teil)

Dagegen bietet die einführende *Grundlegung* der Realistischen Demokratietheorie den geschulten Leserinnen und Lesern vordergründig wenig Neues, sondern stiftet eine konzentrierte Melange kurz aufblitzender Schlaglichter, die weder historische Neubewertung sein will noch sich von jenen westlich-abendländischen Narrativen lossagt, wie sie spätestens seit den drei großen europäischen Liberalisierungs- und Demokratisierungsschüben (1848 / 1918 / 1945) bis heute die gesellschaftlichen Diskurse bestimmen und in den einschlägigen didaktischen Überblicksdarstellungen und Lehrbüchern nacherzählt werden. Warum? Weil jene identitätsstiftenden Gründungsmythen, Revolutionserzählungen und zumeist selektiv ausgewählten politischen Ideen und Theoriegebilde letztlich den unstrittigen Ausgangspunkt, die unverzichtbare Folie und das konstituierende Fundament für jene radikale Neuausrichtung des Demokratiebegriffes darstellen, die sich im 20. Jahrhundert allem voran in der *Realistischen Demokratietheorie* manifestieren wird. Dass ausgerechnet John Lockes (1632–1704) zu Lebzeiten nur anonym publiziertes »Two Treatises of Government« (1689) sowie die existenzbedrohende Zerrissenheit der englischen Gesellschaft am Ausgang des 17. Jahrhunderts mitsamt ihren fruchtbaren Folgeentwicklungen den Auftakt dieses Prologes bilden, würdigt daher nicht nur deren überragenden Einfluss auf die moderne kontinentale und transatlantische Demokratieentwicklung, sondern berücksichtigt vor allem deren herausragende Stellung im Denken eines Max Weber und eines Joseph A. Schumpeter – ihres Namens begeisterte Anhänger des englischen Parlamentarismus und seiner überragenden politischen Protagonisten wie William E. Gladstone (1809–1898) und Benjamin Disraeli (1804–1881). Gleiches gilt für die revolutionäre Unabhängigkeits- und Verfassungsbewegung in den Vereinigten Staaten (1774–1788), auf deren liberalem republikanischen wie demokra-

tischen Nährboden die Behavioralistische Bewegung um ihre akademischen Galionsfiguren (Merriam, Lasswell, Lazarsfeld, Berelson, Easton, Almond, Lipset, Dahl, Downs und andere) nach dem Zweiten Weltkrieg in die ganze Welt ausstrahlen wird. Und schließlich auch für jene Französischen Revolutionen (1789–1799) in den letzten Atemzügen des 18. Jahrhunderts, die mit ihrer gewaltigen militärischen wie intellektuellen Strahl- und Schlagkraft nicht nur das europäische Festland nachhaltig erschüttern, prägen und umpflügen werden, sondern im Verbund mit ihren geistigen Vordenkern – allen voran Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) – auch die entscheidenden Impulse für Kelsens große »Metamorphosen«, Schumpeters »Klassische Lehre« und viele ihrer Nachfolger aussenden.

Und dennoch bleibt ein solch vergleichbar später Einstieg in die abendländische Demokratiegeschichte – aller bewusst intendierten Reduzierung und Fokussierung zum Trotz – mit unübersehbaren Makeln behaftet. Scheint es doch allzu offensichtlich, dass jene aus dem blutigen Englischen Bürgerkrieg (1642–1649), der republikanischen Militärdiktatur Oliver Cromwells (1653–1658) und ihren Nachwirkungen hervorgegangenen geistigen Gravitationspunkte der »Glorious Revolution« (1688/1689) – wie John Miltons »Areopagitica« (1644), die »Putney Debates« zwischen Levellern und Cromwell-Anhängern (1647), Thomas Hobbes' »Leviathan« (1651), James Harringtons »Oceana« (1656) und schließlich John Lockes »Two Treatises of Government« (1679/1689) – ihre bahnbrechenden radikal-revolutionären Ideen nicht aus dem Nichts entwickelt haben: Neuzeitliche Vorstellungen von Religiöser Toleranz, Liberalismus, Republikanismus, Widerstandsrecht, Machtkontrolle, Naturrechtsprimat oder Konstitutionalismus finden sich bereits in großem Umfang bei den einschlägigen Denkern des Spätmittelalters, der Renaissance, des Humanismus und der Reformation – allem voran in Machiavellis »Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio« (1531), Grotius' »De Jure Belli ac Pacis III« (1625) oder den politischen Schriften der calvinistischen Monarchomachen des 16. Jahrhunderts. Ebenso wenig bildet England den ersten und einzigen Schauplatz derartiger politischer Auseinandersetzungen und Errungenschaften der europäischen Neuzeit – dafür reicht allein ein Blick auf die protestantischen Niederlande oder die italienischen Stadtrepubliken, deren ausgeklügelte Konfliktlösungs- und Machtteilungsmechanismen auch problemlos Pate für eine – noch zu entwickelnde – Geschichte der »Realistischen Republikanismustheorie« stehen könnten.

Unterschlagen werden in dieser Grundlegung schließlich auch jene zwei Leuchttürme und Schlüsselentwicklungen der europäischen Antike, die weit über ihre Epochen hinaus als singuläre und absolute Ausnahmeer-

scheinungen galten und gelten – und in keiner der herkömmlichen Studien und keinem der gängigen Lehrbücher zur Historiografie der Demokratie fehlen: Zum einen das über fast drei Jahrhunderte währende und politisch überaus erfolgreiche Experiment der Athenischen Polis, die mit den Reformen des Solon (594 / 593 v. Chr.), des Kleisthenes (508 / 507 v. Chr.), des Ephialtes (462 v. Chr.) und schließlich des Perikles (461 – 429 v. Chr.) ihrer gesamten männlichen Einwohnerschaft (rund 40 000 freie Bürger) – ohne Ansehen von Einkommen, Stand und Familienzugehörigkeit, jedoch unter Ausschluss der ausländischen Gastarbeiter und kriegsgefangenen Sklaven – die gleichberechtigte und aktive Teilhabe an den fast wöchentlich stattfindenden Volksversammlungen (*Ekklesia*) ermöglichte. Diese Volksversammlungen galten dabei spätestens seit Perikles als unmittelbare, uneingeschränkte und alleinige Herrschaftsinstanz des bis zu seinem militärischen Untergang (322 v. Chr.) mächtigen Stadtstaates (*Attisch-Delischer Seebund*) und kulturellen Zentrums der hellenistischen Welt. Die ständigen Institutionen (*Rat der 500 / Archontat*) der Polis hatten dabei lediglich organisatorische und ausführende Funktionen inne, weshalb Prinzipien wie Gewaltenteilung und Repräsentation den Athenern ebenso fremd waren wie Parteien und politische Vereinigungen – zumal die auf Zeit vereidigten und teilweise täglich rotierenden politischen Amtsträger ebenso wie die Mitglieder der Geschworenengerichte (*Heliaia*) nicht durch Wahl, sondern per Losentscheid ermittelt wurden.

Zum anderen die in ihrer Hochphase zur Weltmacht aufsteigende Römische Republik, die unmittelbar nach ihrer Gründung als Stadtstaat um 510 v. Chr. zwar von einer exklusiven Adelskaste wohlhabender Patrizierfamilien beherrscht wird, jedoch bereits hier ein ausgeklügeltes System der Herrschaftskontrolle konstituiert, indem sie die Regierungszeit der von der 300-köpfigen Adelsversammlung (*Senat*) gewählten Oberbeamten (*Konsuln, Prätores, Zensoren etc.*) nicht nur auf ein Jahr begrenzt, sondern Ämteranhäufung und Dauerregentschaft ebenso verbietet, wie sie jedes Amt zur gegenseitigen Aufsicht und Kontrolle doppelt besetzt. Als sich dann in den Folgejahrzehnten die bis dato weitestgehend macht- und rechtslosen Plebejer (Handwerker, Bauern, Kaufleute etc.) gegen das Herrschaftsprimat der Patrizier erheben und damit eine rund 200-jährige Periode scharfer innenpolitischer Auseinandersetzungen einleiten (*Ständekampf*), kommt es zu einem absoluten Novum in der antiken Geschichte: Denn neben nächtlichen Massenkundgebungen und kollektiver Wehrdienstverweigerung kulminiert der plebejische Widerstand auch in der Gründung *eigener* politischer Institutionen *außerhalb* des eigentlichen Herrschaftszentrums – einer eigenen Volksversammlung (*concilium plebis*) mit

eigenen Repräsentanten (*tribunus plebis*), die in der Folgezeit nicht nur die schrittweise Öffnung des politischen Systems sowie ihre Integration in dasselbe erzwingen, sondern auch die Kodifizierung des Gewohnheitsrechtes durchsetzen und gewaltfreie Konfliktlösungs- und Kompromissfindungsmechanismen etablieren. Auch wenn am vorläufigen Ende der Ständekämpfe (um 287 v. Chr.) weniger eine umfassende politische Inklusion und Partizipation der gesamten römischen Bevölkerung als vielmehr die Herausbildung einer neuen mehr oder weniger exklusiven Amtsadelskaste aus Patriziern und reichen Plebejern (*Nobilität*) steht, folgt nun bis zur Rebellion und Ermordung der Gracchus-Brüder (133 / 121 v. Chr.) eine rund 150-jährige Phase republikanischer Stabilität, militärischer Erfolge und massiver territorialer Expansion, deren größte innenpolitische Errungenschaft wohl die Herausbildung einer übergesellschaftlichen Staatsbürgerkultur darstellt – nicht dem eigenen Stand, nicht der eigenen Familie und auch nicht den eigenen Privatinteressen, sondern der »Sache der Öffentlichkeit« (*res publica*) und dem Wohl des gesamten Staates fühlt sich der tugendhafte römische Bürger in erster Linie verpflichtet.

Während heute wieder lebhaft darüber gestritten und diskutiert wird, welchem dieser beiden zukunftsweisenden und epochemachenden Politikmodelle die größere ideengeschichtliche Wirkmächtigkeit zugesprochen werden kann, galt die Sache bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges als ausgemacht. Denn Athen wurde bereits zu Lebzeiten schnell zur Inkarnation und Manifestation einer direkten und unmittelbaren Volkssouveränität, einer Herrschaft der Vielen, der Gleichen, der Massen – einer Herrschaft (*kratein*) des gesamten Volkes (*demos*). Und das, spätestens seit der Jahrtausendwende um Christi Geburt, mit einer unverhohlenen *negativen* Konnotation, als ausgerechnet jene alles überragenden politik-philosophischen Referenzpunkte des europäischen Mittelalters und der Neuzeit – Platon (427–348 v. Chr.) und Aristoteles (384–322 v. Chr.) – die Athenische Polis des Perikles zutiefst verachteten. Beiden galt die »Demokratie« als die schlechteste aller Verfassungen, da sie – als Herrschaft der armen, ungebildeten und einfachen Leute – nicht nur der für ein stabiles, funktionierendes und florierendes Staatswesen notwendigen politischen Tugend verlustig zu gehen droht, sondern auch besonders gefährdet ist, den manipulierenden Einflüssen der Volkstribunen (*demagogos*) zu erliegen und endgültig in eine entartete Tyrannei umzuschlagen: Ein Schreckgespenst und Schreckensszenario, das seine gewaltige Wirkkraft sowohl auf die nach politischer Gleichberechtigung mit dem Adel strebenden bürgerlichen Revolutionäre der Neuzeit und der Aufklärung entfaltet als auch im Zuge der Industrialisierung Liberale wie Konservative gleicher-

maßen umtreibt – und schließlich zusammenführt. Und hier synonym für die Herrschaft der Straße, des Pöbels und der proletarisch-anarchistischen Heerscharen Millionen mittelloser Arbeiter steht.

Anders Rom, dessen republikanisches Herrschaftsmodell insbesondere seit der Renaissance und Machiavelli vor allem durch die Brille der durchaus streitbaren Polybios-Interpretation rezipiert wurde: So hatte der im hellenistischen Polis-Denken verwurzelte wirkmächtige Historiograf (circa 200–120 v. Chr.) das politische Zusammenspiel und Kräftegleichgewicht der römischen Institutionen während ihrer republikanischen Blüte (287–133 v. Chr.) nicht nur als *Mischverfassung* aus monarchistischen, aristokratischen und demokratischen Elementen im Sinne der Aristotelischen Herrschaftsformenlehre gedeutet, sondern neben dem straff organisierten Militärwesen auch als eigentliches Fundament und Hauptursache für den römischen Aufstieg zur Weltmacht ausgemacht: Nur diesem gemischten Verfassungstypus traute Polybios zu, den historischen Kreislauf der Entartung und des Zerfalls der *reinen* Herrschaftsverfassungen (Monarchie – Aristokratie – Demokratie) zu durchbrechen und schließlich stabile, mächtige sowie freiheitliche Gemeinwesen zu generieren. Für die wirtschaftlich prosperierenden und politisch unabhängigen italienischen Stadtstaaten (Florenz, Pisa, Siena, Venedig etc.) gilt die Republik daher lange Zeit als *die* präferierte Alternative zum mittelalterlichen Herrschaftsdualismus von Thron und Altar. Auch die Gegner des neuzeitlichen Absolutismus setzen in erster Linie auf die Republikanische Staatsform, die im 18. und 19. Jahrhundert schließlich eine antimonarchistische Radikalisierung erfährt und seitdem synonym für die grundsätzliche Negation und Abkehr vom Prinzip der erblichen Kaiser-, Königs- und Fürstenherrschaft verwendet wird.

Genese – Kind der Moderne und Weimarer Gründerväter (1.–3. Kapitel/II. Teil)

Die Realistische Demokratietheorie ist trotz vielfältiger Spuren in den Politischen Systemen und Schriften der Renaissance, der Neuzeit, der Aufklärung und des 19. Jahrhunderts ganz im Sinne Weberscher Lesart ein *Kind der Moderne* – ein Phänomen und eine Schöpfung des 20. Jahrhunderts. Die Fundamente ihrer *Grundlegung* lehnt die Realistische Demokratietheorie ebenso vehement ab, wie sie sie gewähren oder sich gar von ihnen positiv inspirieren lässt. Ihre *Genese* vollzieht sich dabei im Kern fast ausschließlich im deutschsprachigen Politik- und Diskursfeld der Weimarer Republik: Jener plötzlichen und unverhofften Geburt aus den Ruinen des kai-

serlichen Obrigkeitsstaates (Max Weber), jener rund 14 Jahre andauernden Existenz im permanenten Trommelfeuer politischer Anfeindungen (Hans Kelsen) und deren Untergang nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten (Joseph A. Schumpeter). Dabei steht Weimar exemplarisch für eine Zeit, in der sich der Demokratiebegriff in ganz Europa nicht nur aus seiner einseitigen Umklammerung und Deutung als *Direktdemokratie* und *Spiegelbild* der Athenischen Polis löst, sondern auch mit dem Republikanismusideal verschmilzt und eine enorme Aufwertung erfährt. Eine Aufwertung und ein Prestigegegewinn, die schließlich in einem nahezu inflationären Gebrauch und einer begrifflichen Verwässerung des einstigen Parias unter den Herrschaftsformen münden, als die Demokratie nun zum Heilsbegriff und fundamentalen Legitimationskonzept des gesamten politischen Spektrums – mit Ausnahme der kaisertreuen Monarchisten – mutiert: Während Liberale – wie Friedrich Naumann (1860–1919) und Hugo Preuß (1860–1925) – sowie gemäßigte Sozialdemokraten – wie Eduard Bernstein (1850–1932) und Friedrich Ebert (1871–1925) – die Demokratische Herrschaftsform nun in einen unmittelbaren Kontext mit Rechtsstaatsprinzip, Gewaltenteilung, Parlamentarismus und allgemeinem, gleichem Wahlrecht setzen, reklamieren auch die extreme Linke und die extreme Rechte den mittlerweile hoch politisierten Begriff für sich – als Marxistische Räte-demokratie (Rosa Luxemburg) und Demokratischen Zentralismus bolschewistischer Prägung (Wladimir Iljitsch Lenin) oder als National-Völkisches Konzept einer alles Andersartige ausschließenden Homogenen Demokratie (Carl Schmitt). Anders als für ihre liberalen Gegner gilt beiden radikalen Rändern die Konzentration von Macht sowie das Verschmelzen demokratischer und diktatorischer Elemente weniger als Widerspruch denn als eine ebenso fruchtbare wie notwendige Symbiose zugunsten der Realisierung ihrer jeweiligen Heilsversprechen und Glaubensbekenntnisse.

Im Rahmen der *Genese der Realistischen Demokratietheorie* – die unzweifelhaft dem liberalen Demokratieverständnis nahesteht – entwickeln sich zwischen 1917 und 1932 schließlich zwei große Deutungsmuster, die in den Folgejahrzehnten in großer Varianz rezipiert werden: Eine *Realpolitische Deutungslinie*, die von Max Weber (1917–1919) in Anknüpfung an das ursprünglich demokratiefeindliche realistische Staats- und Politikverständnis eines Niccolò Machiavelli, eines Thomas Hobbes (1588–1679) sowie der italienischen Elitetheoretiker Gaetano Mosca (1858–1941) und Vilfredo Pareto (1848–1923) entwickelt wird – mehr als zwei Jahrzehnte vor Schumpeters bahnbrechender »Anderen Theorie der Demokratie«. Und eine *Wissenschaftstheoretische Deutungslinie*, die von Hans Kelsen (1920–1937) in Anknüpfung an die ursprünglich von praktisch-politi-

schen Fragen streng separierte Erkenntnisphilosophie eines Immanuel Kant (1724–1804) und der in der Heidelberger und Marburger Schule vereinigten Neukantianer entwickelt wird – ebenfalls über zwei Jahrzehnte vor dem einflussreichen Paradigma des »Kritischen Rationalismus« eines Karl Raimund Popper (1902–1994).

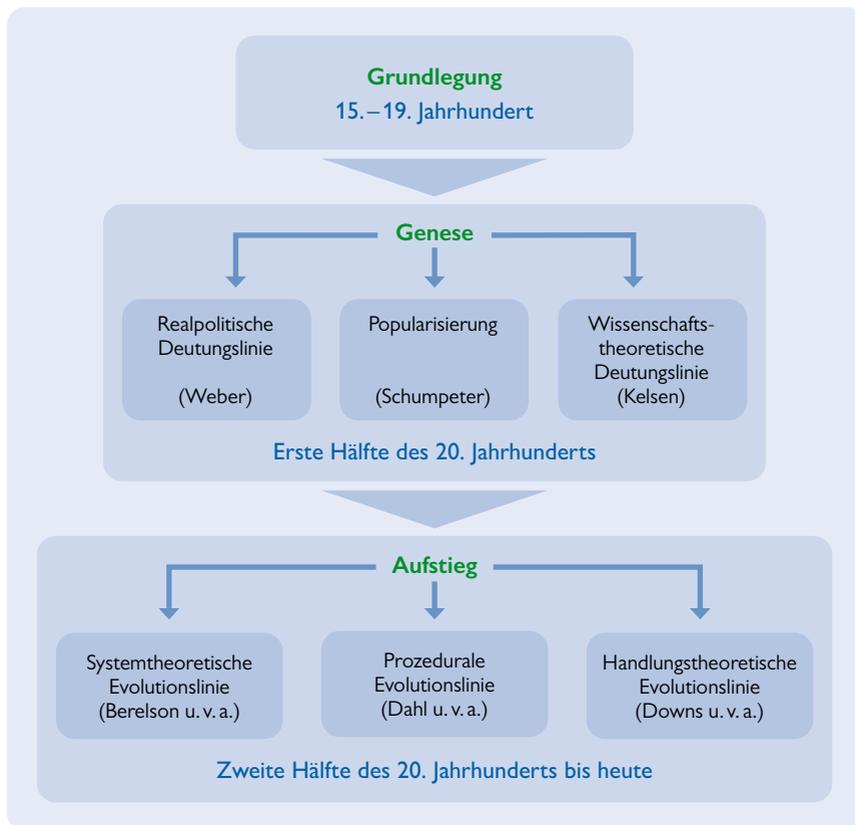
Aufstieg – Von Taconic in die ganze Welt (4. Kapitel und Epilog/III. Teil)

Der *Aufstieg* der Realistischen Demokratietheorie, der sich bereits in den ersten Nachkriegsjahren anbahnt, ist dann vor allem mit einem Namen verbunden – Joseph A. Schumpeter. Auch wenn die in vielen klassischen Studien verwendete Einordnung seines Werkes als »Sternstunde« oder gar »Kopernikanische Wende« der Demokratiegeschichte allein schon unter Verweis auf die Weimarer Vorgeschichte offensichtlich zu kurz greift, kann doch an der Schlüsselstellung und überragenden Wirkmächtigkeit der in »Capitalism, Socialism and Democracy« (1942) auf nur wenigen Seiten explizierten alternativen »demokratischen Methode« kaum gezweifelt werden. Zumal die zu seiner Zeit durchaus provokanten – und teilweise auch stillschweigend übergangenen – Thesen des bereits 1932 in die Vereinigten Staaten emigrierten liberal-konservativen Gegenspielers John Maynard Keynes (1883–1946) nicht nur als schicksalsträchtiges Scharnier zwischen dem traditionell staatswissenschaftlich geprägten intellektuellen Kosmos der »Alten Welt« im Herzen Europas und dem – sich innerhalb der Sozialwissenschaften revolutionär wandelnden – akademischen Universum der »Neuen Welt« auf der anderen Seite des Atlantiks fungieren, sondern in den folgenden rund fünf Jahrzehnten auch zum unbestrittenen und unangefochtenen Ausgangs- und Orientierungspunkt einer demokratietheoretischen Entwicklung werden, an deren Ende Anfang der 1990er-Jahre die fast schon erdrückende Dominanz des Realistischen Demokratieverständnisses steht. Vor allem vor dem Hintergrund des dramatischen intellektuellen wie akademischen Aderlasses infolge der faschistischen Okkupationspolitik auf dem europäischen Kontinent und der sich nach Weltkriegsende konstituierenden bipolaren Weltordnung (1947–1991) verschiebt sich das liberale politikwissenschaftliche Gravitationszentrum nun gen Westen. Und so etablieren sich die drei bedeutendsten und einflussreichsten Realistischen Demokratieschulen und Evolutionslinien folgerichtig allesamt in den Vereinigten Staaten: Angefangen mit der *Systemtheoretischen Variante*, die aufbauend auf Talcott Parsons' (1902–1979) strukturfunktionalistischer

Weltdeutung und Schumpeters Kritik der »Klassischen Lehre der Demokratie« erstmals 1954 von Bernard R. Berelson (1912–1979) formuliert wird, über die *Prozedurale Variante*, wie sie in Anknüpfung an die amerikanischen Gründerväter und Schumpeters Demokratieinterpretation als reines Wahlverfahren erstmals 1956 umfassend bei Robert A. Dahl Verwendung findet, bis hin zur *Handlungstheoretischen Variante*, die auf Grundlage von Kenneth Arrows (1921–2017) Public-Choice-Theorie und Schumpeters Politik-Ökonomie-Analogien schließlich 1957 durch Anthony Downs begründet wird.

Genauso wie letztlich jede endgültige Lokalisierung und Bestimmung eines universalen Demokratiebegriffes am Widerstand der verschiedenen akademischen Schulen und den permanenten »wissenschaftlichen Paradigmenwechseln« (Thomas S. Kuhn, *The Structure of Scientific Revolutions*, 1962) scheitern muss, gibt es auch nicht *die* eine Definition einer *Realistischen Demokratie*. Und dennoch lässt sich eine Reihe unstrittiger Wesensmerkmale und Gemeinsamkeiten ausmachen. Denn so wie die nordamerikanischen Siedler und Revolutionäre sehr schnell erkannt hatten, dass mit dem Kampf gegen das spätestens seit Ende der 1760er-Jahre als »tyrannisch« und »ausbeuterisch« gebrandmarkte britisch-englische Königtum eine neue zeitliche Mischverfassung mit erbmonarchistischen Elementen ebenso ausgeschlossen war, wie sich auf den riesigen Territorien der Neuen Welt unmöglich eine kleinflächige Republik nach dem Vorbild der griechischen Polis oder der italienischen Stadtstaaten verwirklichen lassen würde – und es folglich neuer Wege und »Experimente« (Madison) bedurfte –, so sind sich ausnahmslos alle Realistischen Demokratietheoretiker darüber einig, dass viele Hundert Jahre alte Staats- und Politikkonzepte wenig geeignet sind, um den Problemen und Herausforderungen des 20. und 21. Jahrhunderts adäquat und auf Augenhöhe begegnen zu können. Die Realistische Demokratietheorie weist daher eine hohe *Ambivalenz* gegenüber den in ihrer Grundlegung formulierten »klassischen« und »traditionellen« Demokratischen Herrschaftsmodellen auf, die einerseits als unverzichtbare Eck- und Orientierungspunkte gelten, andererseits jedoch unbedingt substituiert oder doch zumindest transformiert werden müssen – will man die offensichtliche Diskrepanz zwischen *alter* politischer *Theorie* und *gegenwärtiger* politischer *Realität* überwinden. Hinzu kommen die historischen Kontexte hinsichtlich der Entstehung Realistischer Demokratietheorien, die ihre unmittelbare Blüte vor allem in Zeiten von Demokratischen Aufbrüchen – wie nach den beiden Weltkriegen und dem Ende des Kalten Krieges – oder in Zeiten von Demokratischen Krisen – wie nach dem Aufstieg des Faschismus in den 1930er-Jahren und der massenhaften Reautokratisie-

Abb. 3: Grundlegung, Genese und Aufstieg der Realistischen Demokratietheorie



Quelle: Verfasser

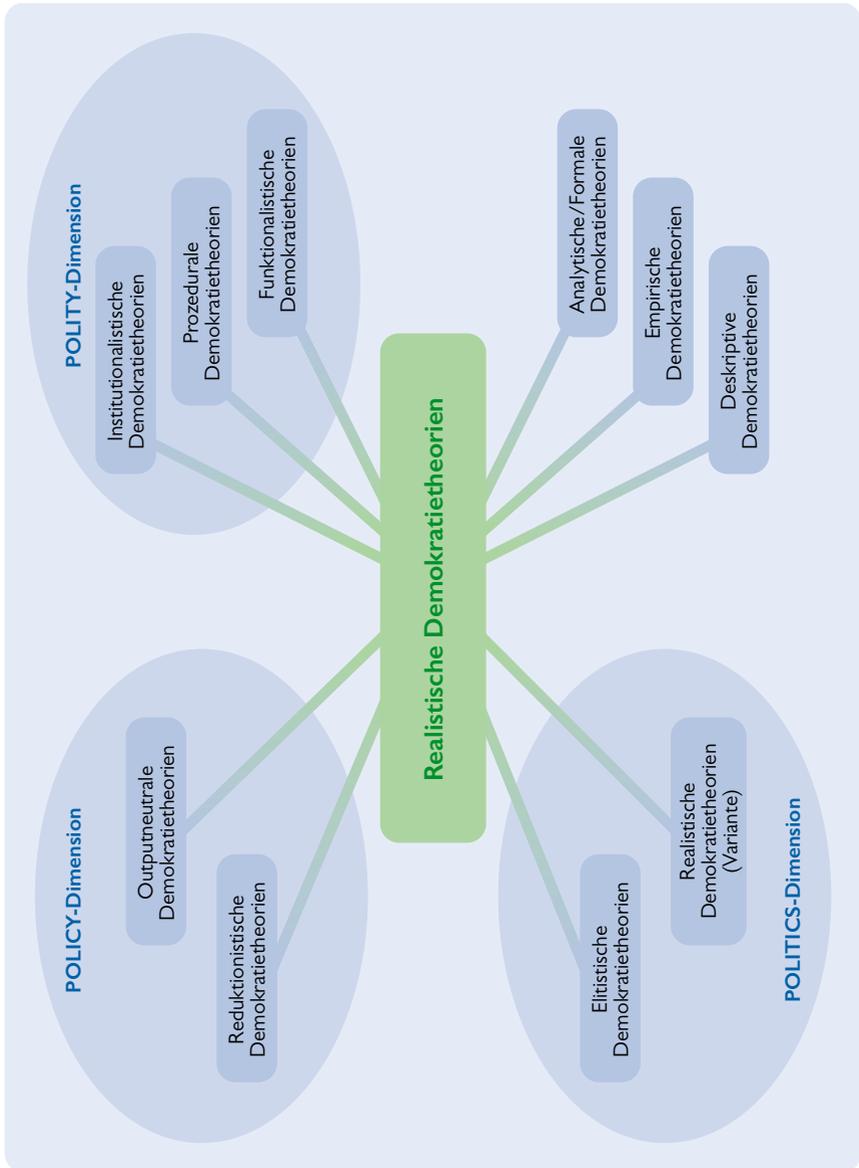
rung in den 1960er- und 1970er-Jahren – erleben. Ihre Schöpfer begreifen sie dementsprechend entweder als unausweichliches Korrektiv, um sie vor dem sicheren »Untergang zu bewahren« (Schumpeter), *oder* als selbstbewusstes Reform- und Modernisierungsprojekt (Weber) zur zeitgemäßen Implementierung antiker und neuzeitlicher Demokratieideen. In beiden Fällen geht es um eine substanzielle Stärkung der Demokratie. Sei es, um ihr ihre Verletzlichkeit zu nehmen und sie gegen ihre totalitären und autoritären Gegner zu verteidigen, indem ihre offenen Flanken und Angriffsflächen durch das Ausräumen augenscheinlicher Irrtümer und Fiktionen geschlossen werden. Oder sei es, um sie durch Anpassung an die politische Rea-

lität nicht nur stabil, funktions- und überlebensfähig zu machen, sondern auch in die Lage zu versetzen, den vielfältigen politischen, gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen moderner Nationalstaaten in einer sich zunehmend globalisierenden Welt zu trotzen. Gerade bei ihren frühen Schöpfern führt dabei eine direkte Linie zur praktischen Politik. So trat Max Weber zum einen als Gründungsmitglied und Redner der nationalliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) auf, zum anderen war er Mitglied der Versailler Friedensdelegation des Deutschen Reiches und sogar ursprünglich anstelle von Hugo Preuß für die Ausarbeitung der Weimarer Reichsverfassung vorgesehen. Hans Kelsen gilt völlig zu Recht als Vater der bis heute gültigen österreichischen Bundesverfassung von 1920 und arbeitete rund neun Jahre als Verfassungsrichter am österreichischen Verfassungsgerichtshof in Wien. Joseph A. Schumpeter war wiederum kurzzeitig österreichischer Finanzminister und zudem für einige Zeit Direktor einer großen Privatbank. Auch wenn spätestens seit den 1950er-Jahren die rein akademische Verwendung Realistischer Demokratietheorien als hocheffektive Instrumentarien exakter und vergleichender wissenschaftlicher Forschung unzweifelhaft die Oberhand gewonnen hat, hat sich dieser unmittelbare Praxisbezug letztlich erhalten. Exemplarisch dafür stehen die frühen amerikanischen Transitionsforscher um Philippe C. Schmitter (1936*) und Guillermo O'Donnell (1936–2011), deren Analysen sich ganz bewusst wie politische Handlungsanleitungen für demokratische Oppositionsbewegungen in den Diktaturen dieser Welt lesen. Oder die amerikanischen Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington und Jeane J. Kirkpatrick (1926–2006), die beide im Rang einflussreicher Sicherheitsberater im Weißen Haus unter der Carter- bzw. der Reagan-Administration maßgeblich amerikanische Außenpolitik mitgestaltet haben.

Die in dieser Abhandlung gewählte Bezeichnung »Realistische Demokratietheorie« als Ausgangspunkt und Oberbegriff für die verschiedenen, sich ebenso ergänzenden wie ausschließenden Spielarten dieses spezifischen Demokratietypus bedeutet dabei ausdrücklich keine Präferenz für eine bestimmte Deutung oder Interpretation derselben, deren überaus variantenreichen terminologischen Zuweisungen hier unter Heranziehung der in den modernen Politikwissenschaften häufig verwendeten Trias ihres Untersuchungsfeldes – »Policy« (inhaltliche Dimension), »Polity« (strukturelle Dimension), »Politics« (prozessuale Dimension) – kurz nachgezeichnet werden sollen: Am häufigsten werden Realistische Demokratietheorien im Kontext der Policy-Dimension als nahezu diametraler Gegenpol zu den sogenannten *normativen* Demokratietheorien gedeutet. Im Rahmen ihres definitorischen Fundus wird in der Regel auf die Formulierung »demo-

kratischer« Ziele und Politikergebnisse (»Outputs«) – wie der Verwirklichung von moralischen Grundsätzen, Werten, Ideen oder Idealen wie Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Gemeinwohl, Wohlstand und Frieden – explizit verzichtet. Daher auch die Bezeichnung als »Outputneutrale Demokratietheorie«. Auch inhaltsbezogene Artikulationsmöglichkeiten und Forderungen der Bürgerschaft und des Demos (»Inputs«) bleiben zumeist unberücksichtigt und werden auf die Inklusion derselben in demokratischen Institutionen und Verfahren reduziert (daher auch: »Reduktionistische Demokratietheorie«) – ein Hinweis auf die ausgeprägte Polity-Fokussierung Realistischer Demokratietheorien, deren Klassiker Schumpeter und Dahl sich beispielsweise primär auf bestimmte demokratische Verfahren wie etwa Mehrheitsentscheide und Wahlen zur Regelung des Herrschaftszugangs und zur Bestimmung von Herrschaftsträgern konzentrieren (daher auch: »Prozedurale Demokratietheorie«). Andere Theoretiker betonen wiederum die Notwendigkeit einer bestimmten demokratischen Institutionenordnung (daher auch: »Institutionalistische Demokratietheorie«), die in der Regel an konkrete Methoden, Herrschaftstechniken oder Funktionsbedingungen (beispielsweise eine ausbalancierte Autonomie, Arbeitsteilung und gegenseitige Gewaltenkontrolle der Staatsorgane oder eine mit der institutionalisierten Herrschaftsordnung korrespondierende Politische Kultur) geknüpft ist (daher auch: »Funktionalistische Demokratietheorie«). Im Rahmen der Politics-Dimension konzentrieren sich die verschiedenen Vertreter des Realistischen Demokratiekonzeptes vor allem auf das unmittelbar wahrnehmbare Verhalten und Agieren von Parteien, Parlamenten, Regierungen oder einzelnen Politikakteuren – sei es in Kooperation, Koexistenz und Konfliktaustrag oder im Werben um politische Anhängerschaft und im Konkurrenzkampf um politische Ämter (daher auch: »Elitistische Demokratietheorie«). Der Blick richtet sich dabei hauptsächlich auf die *realen* politischen Abläufe und Prozesse, die je nach Autor als Kampf um Macht (Weber) oder als Interaktion zwischen rationalen und egoistisch-nutzenmaximierenden Akteuren (Downs) interpretiert werden (daher auch: »Realistische Demokratietheorie« – in diesem Zusammenhang als eine spezifische Variante unter dem allgemeinen Oberbegriff Realistischer Demokratietheorien). Je nachdem, ob der schließliche Gehalt Realistischer Demokratietheorien auf dem Wege der mathematisch-deduktiven Ableitung aus bestimmten Prämissen, Axiomen und Formeln oder der induktiven, zumeist großflächigen Auswertung Abertausender empirischer Einzeldaten ermittelt wird, spricht man auch von »Analytischen« bzw. »Formalen Demokratietheorien« oder von »Empirischen Demokratietheorien«. Die Bezeichnung »Deskriptive Demokratie-

Abb. 4: Varianten der Realistischen Demokratietheorie



Quelle: Verfasser

theorien« verweist wiederum auf den rein beschreibenden und nicht wertenden Charakter Realistischer Demokratietypen, die sowohl mit einer geringen (»minimalen«) als auch mit einer großen (»maximalen«) Anzahl an definierenden Kriterien ausgestattet werden können – die Minimalen finden sich vor allem in der modernen Transitionsforschung, die Maximalen bevorzugt in der modernen Konsolidierungs- und Governance-Forschung. Ein besonderes Kennzeichen fast aller Realistischen Demokratietheorien ist die ausgeprägte Interdisziplinarität ihrer Schöpfer, die sich ihrem Selbstverständnis nach nie als reine Demokratietheoretiker, sondern primär als Soziologen (Weber, Lazarsfeld, Berelson), Ökonomen (Schumpeter, Downs), Staatsrechtler (Kelsen, Thoma, Radbruch) oder eben Politikwissenschaftler (Dahl, O'Donnell, Schmitter) verstanden haben. Auch die in den späten 1940er-Jahren einsetzende Behavioralistische Revolution reicht ihrem Wesen nach weit über die groß angelegte Symbiose soziologischer, ökonomischer, psychologischer und politikwissenschaftlicher Zusammenhänge hinaus und integriert in großem Stile auch mathematische und naturwissenschaftliche Prämissen, Methoden und Theorien.

Inwieweit die in der akademischen Literatur oftmals geäußerte Kritik an der Realistischen Demokratietheorie, sie propagiere einen inhaltsleeren Formalismus, beraube die Demokratie ihres eigentlichen Wesenskernes oder sei gar demokratiefeindlich, zutreffend ist – oder, ob der nüchtern-neutralen Fokus auf reine Verfahren, Politiktechniken und Institutionengefüge jenen großen abendländischen Ideen von Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Gemeinwohl, Wohlstand und Frieden nicht vielleicht doch näher kommt, als es auf den ersten Blick scheinen mag, mögen die Leserinnen und Leser nach der Lektüre über die Grundlegung, die Genese und den Aufstieg dieses unzweifelhaft disputablen Demokratietypus schließlich selbst entscheiden.

Neda Agha-Soltan (1982–2009)



Rund elf Jahre und zwei Monate vor den Ereignissen in Belarus schallt allabendlich die in der gesamten islamischen Welt verbreitete Gebetslosung »Allahu Akbar« (»Gott ist groß«) über die Dächer der iranischen Hauptstadt Teheran, die sich wildfremde Menschen immer wieder gegenseitig zurufen. Doch es sind keine Gebete.

Es sind Zeichen des Protestes und des Zusammenhalts. Zeichen des Widerstandes gegen die hochkorrupte religiös-fundamentalistische Machtelite des Landes. Zeichen des Widerstandes, die sich nach den offensichtlich gefälschten Präsidentschaftswahlen vom 12. Juni 2009 endgültig Bahn brechen und Millionen Menschen in Teheran und anderen Landesteilen der Islamischen Republik unter hohem persönlichen Risiko monatelang auf die Straßen treiben. Menschen aller Altersgruppen und Schichten, die unter grünen Fahnen, grünen Schals, grünen Stirn- und Armbändern für den »offiziell« unterlegenen Gegenkandidaten Mir Hossein Mussawi (1942*) und eine Wiederholung der Wahl demonstrieren. Es sind die größten Massendemonstrationen seit der Iranischen Revolution von 1979. Tausende Menschen werden verhaftet, Dutzende nach Schauprozessen hingerichtet. Ebenso viele verlieren unmittelbar auf den Straßen Teherans ihr Leben, als Angehörige der regimetreuen Revolutionsgarden und Basij-Milizen immer wieder in die Menge der Demonstrantinnen und Demonstranten schießen. Darunter auch die 26-jährige ehemalige Philosophiestudentin der Islamischen Azad-Universität Neda Agha-Soltan, die am frühen Abend des 20. Juni 2009 nach einem Schuss in die Brust in den Armen ihres Musiklehrers verstirbt. Handyvideos ihrer mutmaßlichen Exekution verbreiten sich rasend schnell über die sozialen Netzwerke und lassen Neda Agha-Soltan nicht nur im Iran, sondern auch weltweit zum Gesicht und zur Ikone der oft auch als Grüne Bewegung bezeichneten Massenproteste werden.

Mohamed Bouazizi (1984–2011) und Hamza al-Khatib (1997–2011)



Gut ein Jahr nach der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste im Iran übergießt sich der 26-jährige tunesische Obsthändler Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 aus Verzweiflung und Protest gegen Polizei- und Behördenwillkür vor der Regionalverwaltung im vier

Autostunden südlich von Tunis gelegenen Sidi Bouzid mit Benzin und zündet sich an. Kurz darauf versammeln sich spontan Hunderte Jugendliche und Händler in Sidi Bouzid ebenfalls zum Protest. Die Bilder seiner schweren

Brandwunden und seines Todeskampfes in den Krankenhäusern von Sfax und Ben Arous verbreiten sich über die sozialen Medien und den populären arabischen Fernsehsender Al Jazeera im ganzen Land. Als Mohamed Bouazizi schließlich am 4. Januar 2011 seinen Verletzungen erliegt, sind es bereits Tausende und Zehntausende Menschen, die in ganz Tunesien gegen das repressive Polizeiregime Zine el-Abidine Ben Alis (1936–2019) und die anhaltenden wirtschaftlichen Verwerfungen protestieren. 340 Menschen sterben. Vor allem durch Polizeikugeln. Als ihm das Militär die Gefolgschaft verweigert, flieht Ben Ali keine zehn Tage später – am 14. Januar 2011 – nach Saudi-Arabien. Über Ägypten, wo wenige Tage nach dem tunesischen Regimewechsel ebenfalls Hunderttausende Menschen auf die Straße gehen und schließlich das Ende der drei Jahrzehnte währenden Militärdiktatur Hosni Mubaraks (1928–2020) einleiten, schwappen die Massenproteste und Massendemonstrationen dann fast auf den gesamten arabischsprachigen Kulturraum über: Auf die Maghrebstaaten Algerien, Libyen und Marokko, die Maschrekstaaten Jordanien, Irak und Syrien sowie weite Teile der Arabischen Halbinsel um Bahrain, den Jemen und Saudi-Arabien. Und lösen dort ein politisches Erdbeben, eine regelrechte Zeitenwende aus, die die unterschiedlichsten Ausgänge nehmen wird. In Syrien ist es eine Handvoll Kinder und Jugendliche, die – vier Tage nach dem Sturz Hosni Mubaraks – am 16. Februar 2011 jene Parole an die Wände einer Volksschule im südsyrischen Daraa sprüht, die in diesen Tagen des Arabischen Frühlings durch die gesamte arabische Welt hallt: »Al-shaab yurid isquat al-nizam« (»Das Volk will den Sturz des Regimes«). Sie werden verhaftet und verschwinden für Wochen spurlos. Genauso wie viele Hunderte und Tausende andere Syrer. Darunter auch der 13-jährige Hamza al-Khatib, dessen Leichnam seinen Eltern nach Tagen der Ungewissheit von syrischen Geheimdienstmitarbeitern übergeben wird – mit unübersehbaren schweren Folterspuren und Verstümmelungen. Und der schließlich zur Symbolfigur für die monatelangen, friedlichen Massenproteste zwischen Aleppo und Daraa werden wird. Erst Ende Juli 2011 gründen desertierte Soldaten des Assad-Regimes die Freie Syrische Armee (FSA). Es ist der Beginn eines blutigen Bürgerkrieges, dem bis 2021 mutmaßlich über 500 000 Menschen zum Opfer fallen werden und eine der größten Flüchtlingskatastrophen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auslöst.

Yuriy Verbytskyi (1963–2014) und Serhiy Nigoyan (1993–2014)



Fast genau drei Jahre nach dem Tod Bouazizis – am 21. Januar 2014 – wird der fünfzigjährige promovierte Geophysiker und passionierte Bergsteiger Yuriy Verbytskyi aus dem westukrainischen Lemberg um

4.30 Uhr morgens von einer Gruppe schwarz gekleideter Männer – vor den Augen der behandelnden Ärztin – aus einem Krankenzimmer des zentralen Oleksandrivsky-Krankenhauses in der ukrainischen Hauptstadt Kiew entführt und rund dreißig Stunden später tot in einem Waldstück bei Gnidin am Stadtrand aufgefunden – steifgefroren und mit Klebeband gefesselt, mit mehrfach gebrochenen Beinen und multiplen Hämatomen und Blutergüssen an Armen, Rücken, Bauch und Kopf.

Bevor eine Augenverletzung ihn überhaupt erst in die Notaufnahme des Oleksandrivsky-Krankenhauses zwang, hatte er bei minus elf Grad mit vielen Tausenden Landsleuten – darunter auch der zwanzigjährige Serhiy Nigoyan aus der ostukrainischen Dnipro-Region – auf der zentralen Hrushevskoho-Straße und dem weiträumigen Unabhängigkeitsplatz (Maidan Nezalezhnosti) ausgeharrt, um gegen die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union und für vorgezogene Präsidentschaftswahlen zu demonstrieren. Waren die seit über zwei Monaten andauernden Massenproteste und Massendemonstrationen – trotz massiver Polizeigewalt – bis Mitte Januar 2014 weitestgehend friedlich verlaufen, eskalieren die Auseinandersetzungen in den Folgetagen und -wochen schließlich so weit, dass aus den Reihen der Berkut-Spezialeinheiten auf der Straße und von den Häuserdächern rund um den Kiewer Maidan scharf in die demonstrierende Menge geschossen wird. Als erstes trifft es den unbewaffneten Serhiy Nigoyan, der auf jener Hrushevskoho-Straße tödlich verwundet wird. Bis zum endgültigen Sturz der amtierenden ukrainischen Regierung und der Flucht Viktor Janukowitschs (1950*) in einem Armeehubschrauber in den frühen Morgenstunden des 22. Februars 2014 nach Russland verlieren insgesamt 127 Menschen (darunter mutmaßlich 18 Polizisten) ihr Leben, mehr als 1 900 Menschen werden verletzt (darunter mutmaßlich mehrere Hundert Polizisten). Verbytskyi und Nigoyan werden dabei zum landesweiten Symbol für die vielen namenlosen Opfer, die auf dem Maidan sterben, spurlos verschwinden oder von regimetreuen Kräften brutal zusammengeschlagen werden.

Malala Yousafzai (1997*)



Malala Yousafzai ist elf Jahre alt, als sie mit Unterstützung ihres Vaters – eines örtlichen Schuldirektors – beginnt, in einem Tagebuchblog für die British Broadcasting Corporation (BBC) von ihrem Alltag im nordwestpakistanischen Swat-Tal zu berichten. Von der täglichen Gewalt, den Anfeindungen und Drohungen, denen vor allem Mädchen und Frauen unter den wiedererstarkenden Taliban ausgesetzt sind. Von den Verboten, Schließungen oder gar Sprengungen lokaler Mädchenschulen.

Von ihren Ängsten, ihren Sorgen und ihrer Hoffnung auf ein Eingreifen der Zentralregierung. Binnen kurzer Zeit wird sie in Pakistan zu einer gefragten Persönlichkeit. Sie hält Vorträge, gibt Interviews und ist zu Gast in Talkshows. Dreieinhalb Jahre später – am 9. Oktober 2012 – stoppen maskierte Kämpfer der radikalislamischen Taliban ihren Schulbus und schießen ihr aus nächster Nähe in Kopf und Hals. Schwer verletzt überlebt sie den Anschlag. Siedelt nach England über. Und wird fortan zu einer weltweiten Ikone im Kampf gegen religiösen Extremismus und für den freien Zugang zu Bildung für Mädchen und Frauen. 2014 erhält sie den Friedensnobelpreis. 2017 wird sie zur Friedensbotschafterin bei den Vereinten Nationen ernannt.

Heather Heyer (1985–2017)



Im August des gleichen Jahres versammeln sich im rund 11000 Kilometer von Yousafzais Heimatstadt Mingora entfernten Charlottesville – einer beschaulichen Kleinstadt im US-Bundesstaat Virginia an der amerikanischen Ostküste – an einem Freitagabend mehrere Hundert Anhänger rechtsextremer und neofaschistischer Gruppierungen wie der Alt-Right-Bewegung, dem Ku-Klux-Klan oder Vanguard America zu einem Fackelmarsch unter dem Motto »Unite the Right« (»Vereinigt die Rechte«),

um gegen den Abbau einer Reiterstatue des umstrittenen Südstaatengenerals Robert E. Lee (1807–1870) zu protestieren. Es ist einer der größten Aufmärsche der rechtsradikalen Szene in der jüngeren Geschichte der Vereinigten Staaten. Noch am gleichen Abend und am nächsten Vormittag kommt

es zu Gegendemonstrationen und teilweise gewaltsamen Zusammenstößen mit engagierten Studenten, Bürgerrechtsaktivisten und Kirchenvertretern – darunter auch die 32-jährige Rechtsanwaltsgehilfin Heather Heyer. Als sich schließlich gegen Samstagmittag – den 12. August 2017 – die Versammlungen auflösen und sich die Lage zu beruhigen scheint, steuert ein zwanzigjähriger Rechtsextremist seinen silbergrauen Dodge mit hoher Geschwindigkeit in eine Gruppe von Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten. 35 Menschen werden verletzt. Heather Heyer erliegt noch am selben Tag ihren Verletzungen. Und wird in den USA zu einem Symbol des zivilen Widerstandes gegen die auch in anderen Teilen der westlichen Welt wiedererstarkenden rechtspopulistischen und rechtsautoritären Bewegungen.